

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 13

Artikel: Spanien-UdSSR : Moskaus Staatsräson und proletarischer Internationalismus im Widerstreit
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moskaus Staatsräson und proletarischer Internationalismus im Widerstreit

Spanien – UdSSR

Der Spanische Bürgerkrieg, einer der blutigsten und leidenschaftlichsten Kriege aller Zeiten, wird anscheinend von General Franco zum zweiten Male gewonnen. Diesmal in Moskau.

Trotz entschiedener Ablehnung der spanischen Kommunisten haben die sowjetische und die spanische Regierung den stufenweisen Ausbau ihrer Beziehungen vereinbart. Aber nicht nur die Sowjetunion, sondern der gesamte Ostblock ist an der Vertiefung der Kontakte zum Franco-Regime lebhaft interessiert. In den letzten zwei Jahren hat Spanien (zuvor nur von Kuba anerkannt) mit Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn und zuletzt, am 23. Juli 1970, mit der Tschechoslowakei Konsular- und Handelsbeziehungen aufgenommen. Allein die DDR ist noch aus dem Strom der neuen Beziehungen ausgeschaltet. Die ostdeutsche Presse greift Spanien im Ton der fünfziger Jahre heftig an. Sie wird nur noch durch die Angriffe der Neuen Linken auf Spanien übertrumpft.

Durch diese Entwicklung entfernen sich die sowjetischen Kommunisten zugleich von ihren spanischen Genossen. Offensichtlich wird die Spanische KP im Austausch gegen Madrids Konzessionen an Moskau vom Kreml zumindest vorübergehend fallengelassen. Das Exekutivkomitee der Spanischen KP warnte die KPdSU vor den versöhnlichen Schritten der spanischen Regierung und bezeichnete sie als Täuschungsmanöver. Vergeblich und umsonst.

Zwischenstaatliche Förderung ...

Hundert Minuten lang verhandelte am 17. Oktober 1970 während der Jubiläumstagung der UNO Aussenminister A. Gromyko mit seinem spanischen Kollegen Lopez Bravo. Das war die erste Begegnung auf höchster Ebene zwischen Spanien und der UdSSR seit Menschengedenken. Aber die Sowjetunion hatte zuvor bereits zahlreiche Kontakte zum «faschistischen Terrorregime» geknüpft, wie ihre Presse früher Francos Spanien bezeichnete:

- 1970 traf eine ständige Mission der sowjetischen Handelsmarine in Madrid ein. Sie be-

kam Büros in einem der schönsten Gebäude der Hauptstadt.

- Ein Abkommen zwischen der UdSSR und Spanien über kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde unterzeichnet.
- Die Sowjetunion darf auf den Kanarischen Inseln eine Nachschubbasis für ihre «Fischerei-Flotte» errichten.
- TASS und EFE tauschen Informationen aus.
- Die etwa 2000 spanischen politischen Emigranten dürfen aus der UdSSR heimkehren.

... als Tiefschlag für die einheimische KP

Diese Vereinbarungen des Kremls mit Spanien bedeuten für die Spanische KP, die eben jetzt mit gesteigerter Aktivität gegen das Regime kämpft, einen Tiefschlag.

So betrachtet zumindest ihr Generalsekretär Santiago Carrillo die Lage. Seine Partei — früher eher wegen sektiererischer Abweichungen berüchtigt — baute in den letzten Jahren erfolgreich eine Koalition mit allen Franco-Gegnern auf, angefangen mit klerikalen Kreisen, Gewerkschaftern und Intellektuellen bis zu der studentischen Linken. Die September-Sitzung des Zentralkomitees der KPS im Jahre 1970 stellte siegesbewusst fest, dass die «faschistische Diktatur» in Spanien in den letzten Zügen liege und dass die Nach-Franco-Aera in Spanien bereits begonnen habe. Während sich die Partei zur letzten Schlacht rüstet, machen nun die sozialistischen Staaten und ihre regierenden Kommunistischen Parteien einen dicken Strich durch die Rechnung der KPS.

So sieht nämlich die spanische Bruderpartei die neue Aktivität des Ostblocks in Spanien, bei der offensichtlich auf die Interessen der Spanischen KP keine Rücksicht genommen wird. Die Spanische KP warnte ihre östlichen Brüder eindringlich vor der Aufnahme von jeglichen Beziehungen mit Franco und wies darauf hin, dass dies dem Regime einen grösseren Spielraum in Ost und West gewährleisten wird; innerhalb Spaniens könnte Franco danach mit äusserster Härte gegen die geschwächte und isolierte Opposition durchgreifen.

Gründung einer moskaufreundlichen Parteisektion

Diese Ueberlegungen der KPS haben die sowjetsozialistischen Staaten einfach in den Wind geschlagen. Die Spanische KP erlebte übrigens nicht nur in dieser Frage eine Konfrontation mit dem sowjetischen Politbüro, dem Herrenklub des Kremls. Mit Dolores Ibarruri («La Pasionaria») an der Spitze verurteilten die spanischen Kommunisten die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Mächte in der CSSR und bleiben dabei — im Unterschied zu manchen andern Kommunistischen Parteien.

Als Antwort auf diese Haltung wurde in der Spanischen KP eine moskauhörige Splittergruppe unter Führung von Eduardo Garcia und Ago-

stino Gomez organisiert. Sie verwarfen die (obligatorischen) Mehrheitsbeschlüsse des ZK der KPS, worauf dieses für die offensichtliche Verletzung des Parteistatutes mit ihrem Ausschluss reagierte. Für die KPdSU ergriff dann auf dem erweiterten Plenum des ZK der KP Spaniens auch der legendäre Held des Bürgerkrieges, Enrique Lister, Partei, worauf auch er ausgeschlossen wurde.

Die von Moskau tatkräftig geförderte Fraktion sowjetfreundlicher spanischer Kommunisten hat danach ihre Tätigkeit wesentlich verstärkt. Parteizellen und Zentrale erhielten in der Folgezeit eine neue Auflage des Parteiorgans «Mundo Obrero» (Auflage: 60 000—70 000) mit dem Originalimpresum, aber mit einem der offiziellen Parteilinie widersprechenden Inhalt. Das Duplikat-Blatt wurde in Moskau gedruckt. Dies brachte das Parteifussvolk in nicht unerhebliche Aufregung. Die illegal arbeitende spanische Parteiführung konnte ihre Genossen erst mit erheblichem Zeitverlust vom Moskauer Täuschungsmanöver informieren. Der totale Wirrwarr in Parteikreisen war bald da.

Diese Moskauer Aktion kam nach Meinung der spanischen Parteiführung allein den Opus-Leuten zunutze, die nun ihren Druck gegen die gespaltene Opposition erhöhen können. Die bisher gezielt regimiefeindliche Aktivität der KP Spaniens musste nach eigenen Berichten zugunsten einer parteiinternen Klärung eingestellt werden, da es vordringlich galt, den von aussen zugefügten Schaden zu beheben.

Die Kommunistische Partei Spaniens ist laut Generalsekretär Carrillo schon wieder stark und steht der sowjetischen Fraktion unter Leitung von Lister geschlossen gegenüber, welche weiterhin ihren eigenen «Mundo Obrero» herausgibt. Von den 111 Mitgliedern des ZK der KPS leben übrigens 90 in Spanien. Sie unterstützen die Politik der statutenmässigen Parteiführung voll und ganz. Auch von den etwa 1000 Mitgliedern der KPS, die in Moskau wohnen, sind 900 gegen Lister. Listers Fraktion wird vor allem von spanischen Kommunisten unterstützt, die in Osteuropa leben. In Frankreich, wo sich etwa 10 000 spanische Kommunisten als Emigranten aufhalten, gibt es laut parteioffizieller Darstellung insgesamt 60 Anhänger der Kreml-Splittergruppe der KPS. Sie wurden übrigens allesamt aus der Partei ausgeschlossen.

Die überwiegende Mehrheit der spanischen Kommunisten will, wie Generalsekretär Carrillo versichert, eine revolutionäre Partei neuen Typs schaffen, die eine Zusammenarbeit mit allen Oppositionellen und keineswegs die Alleinherrschaft in Spanien erstrebt. Die von Moskau protegierte Fraktionsgruppe ist laut Carrillo eine «Karikatur-Partei», die in jeder Hinsicht sektierisch und begrenzt sei und unter Listers Führung von der Eroberung der totalen Macht und der Beerbung Francos träume. Es sei ein alter Reflex alter Kommunisten, alles nach Moskauer Rezept zu machen. Eine Einheit der kommunistischen Bewegung wie zur Zeit der Komintern lasse sich nicht mehr verwirklichen. Jede Partei solle ihre nationalen Eigentümlichkeiten behalten, denn die historischen, kulturellen und ökonomischen Gegebenheiten der einzelnen Länder seien sehr verschieden. Dies wäre den Kommunistischen Parteien auf der Weltkonferenz in Moskau zugebilligt worden. Für Lister habe er nur Verachtung. Für ihn und für seine Gruppe gelte das russische



Dolores Ibarruri («La Pasionaria»). Man hat ihr in der UdSSR Denkmäler gesetzt. Aber auch sie stösst heute in Moskau an.



Auch Luigi Longo gehörte im Bürgerkrieg zu den internationalistischen Spanienkämpfern. Er hatte allerdings später das Glück, in einem Lande zu leben, das kapitalistisch blieb. Denn in Osteuropa wurden viele der ehemaligen Teilnehmer am Krieg gegen Franco nach der kommunistischen Machtübernahme hingerichtet, in der Tschechoslowakei namentlich im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozess.

Sprichwort: «Ein treuer Bär ist der grösste Feind des Menschen.» Die Spanische KP kann sich einen Sieg in diesem Land nur Hand in Hand mit den Katholiken vorstellen. Sie will von nun an «mit Hammer und Sichel in der einen Hand und mit dem Kreuz in der andern marschieren». Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und der Sowjetunion wäre nach Carillo vor zehn oder fünfzehn Jahren vielleicht verständlich gewesen. Heute würde sie bei den spanischen Oppositionellen nur auf Unverständnis stossen, denn sie könnte lediglich den Untergang des Regimes hinauszögern, ja sogar zu seiner Konsolidierung beitragen. Dadurch würde die Politik der sozialistischen Staaten in den Augen der regimfeindlichen Gruppen schwer kompromittiert.

Die Kritik der spanischen Kommunisten an der neuen Wende in der sowjetischen Aussenpolitik hat in Moskau Befremden ausgelöst. Die Gegenmassnahmen des Kremls liessen nicht lange auf sich warten.

Krach im Weltfriedensrat

In Moskau wurde eine Anti-Carillo-Kampagne eingeleitet, die den spanischen Parteichef als «revisionistisch» und «nationalistisch» bezeichnet. Mit offener Zustimmung der KPdSU wurden unter den spanischen Kommunisten im Moskauer Exil «Dokumente» verteilt, die eine Abweichung von Carillo nachweisen wollen. Die sowjetische Polizei erlaubte pro-sowjetischen Elementen, am 20. Juni 1970 eine Versammlung der spanischen Kommunisten zu stören, an der Dolores Ibarruri sprach. Mit dem Hinweis auf die eventuelle Störung der öffentlichen Ordnung wurde dann das offizielle Büro der Spanischen KP in Moskau, die «Casa de Espana», durch die sowjetischen Behörden geschlossen.

Das war aber erst ein Vorgeschmack auf spätere Auseinandersetzungen. Anlässlich der Generalversammlung des Weltfriedensrates in Budapest

(13.—16. Mai 1971) trafen hier zwei spanische Friedenskämpfer-Delegationen ein: die eine stand unter der Leitung von Rafael Alberto seitens der KP Spaniens, und die andere nannte sich «Spanisches Friedenskomitee» und repräsentierte in Wirklichkeit die moskauhörige Splittergruppe von Enrique Lister. Das Sekretariat des Weltfriedensrates schlug ihnen vor, ein gemeinsames Komitee zu bilden, was praktisch eine De-facto-Anerkennung der Lister-Delegation bedeutete hätte.

Hinter den Kulissen der Generalversammlung begann dann zwischen den beiden spanischen Delegationen ein Kampf, worüber die Sprecher des Weltfriedensrates selbstverständlich kein Wort sagten. Die Pro-Carillo-Gruppe verweigerte der andern spanischen Delegation die Zusammenarbeit im Friedenskampf oder sonstwo. Sie bezeichnete die Lister-Gruppe als untragbar

für die Sache des Weltfriedensrates. Auf Grund des energischen Widerstandes seitens Rafael Alberto und seiner Genossen musste die Sowjetunion den von ihr lancierten Plan zur Legitimierung der Lister-Gruppe fallenlassen. Die spanischen Sitze im Präsidium und in andern Organen des Weltfriedensrates sind nach dieser Auseinandersetzung vakant geblieben, was die Pro-Carillo-Gruppe ihrerseits als einen Sieg betrachtet.

Diese und andere Aktionen Moskaus gegen die traditionsreiche Spanische KP weisen darauf hin, dass in diesem Falle die staatspolitischen Ueberlegungen von den vielgepriesenen Prinzipien des proletarischen Internationalismus das Primat erhielten. Dabei nimmt Moskau in Kauf, dass die Einheit der KPS zerstört wird, ihre illegale Basis und ihre Glaubwürdigkeit beträchtliche Einbusen erleiden müssen. *Michael Cszimas*

Prag unterstützt Dammbau in Mozambique

Laut einem Bericht aus Kenia unterstützt die Tschechoslowakei das portugiesische Projekt, bei Cabora Bassa am Zambesi in Mozambique einen Riesendamm zu bauen. Dieses Unternehmen ist in der westlichen Öffentlichkeit auf das heftigste beföhdet worden. Man wirft ihm vor, im Dienste der kolonialen Repression zu stehen. Dementsprechend wird auf staatliche Stellen und private Unternehmen starker Druck ausgeübt, um eine wirtschaftliche Beteiligung an diesem Projekt möglichst zu unterbinden. Die Unterstützung des portugiesischen Vorhabens gilt als typisches Verbrechen der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Nun zeigt es sich, dass eine solche Unterstützung offenbar auch aus kommunistisch regierten Staaten vorliegt. Laut «The Sunday Post» (Nairobi) vom 13. Juni exportiert die Tschechoslowakei zurzeit eine grosse Anzahl von schweren Lastwagen nach Portugal, von wo aus sie an die Grossbaustelle von Cabora Bassa weitergeleitet werden sollen.

Die nach Portugal ausgeführten tschechoslowakischen LKW vom Typ «Tatra» waren ursprünglich vor allem als Armeelastwagen gebaut worden und hatten in den Streitkräften der Sowjetunion und anderer Warschau-Pakt-Staaten Verwendung gefunden. In Abweichung vom Armeemodell verfügen die jetzt nach Portugal ausgeführten Lastwagen nicht über kugelsicheres Fensterglas und haben keinen Maschinengewehrturm auf dem Dach.

Die Lieferung der schweren, aber geländegängigen «Tatra»-Lastwagen erfolgt im Rahmen des jüngsten tschechoslowakisch-portugiesischen Handelsabkommens, welches auch die Ausfuhr von Traktoren und Motorrädern nach Portugal vorsieht. Laut einer früheren Meldung des «Rhodesia Herald» hatte der Auslad der tschechoslowakischen Lastwagen Mitte April in Lourenço Marques begonnen.

Weil die Tschechoslowakei ebenso wie die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten bis anhin öffentlich gegen das portugiesische Projekt in Mozambique polemisiert hatten, zeigt sich die Zeitung aus Nairobi über die tschechoslowakischen Lieferungen an Portugal überrascht und spricht von einer bedeutungsvollen politischen Neuorientierung des Moskauer Lagers in dieser Angelegenheit. Indessen entspricht der bekanntgewordene Handel einer langen Praxis kommunistisch regierter Länder. So hatten sowohl die Sowjetunion und ihre Bündnispartner als auch China lange Zeit ihren Warenaustausch mit Südafrika systematisch erweitert, obwohl ihre offi-

ziellen Organe immer zum Boykott dieses Landes aufriefen. Ihre eigene wirtschaftliche Unterstützung des Apartheid-Regimes wurde nicht zuletzt durch die gegenseitigen Anschuldigungen im sino-sowjetischen Konflikt bekannt.

In die gleiche Kategorie einer generellen Erscheinung gehört es, dass die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten ihren Handel mit Griechenland von dem Augenblick an vervielfacht haben, als dort das Obristenregime die Macht ergriff. ■

Handel mit Südafrika

Die UdSSR und ihre europäischen Comecon-Partner haben ihren Handelsaustausch mit Südafrika offenbar wieder verstärkt, nachdem er zwischen 1968 und 1969 um 20 Prozent rückläufig gewesen war.

In den ersten neun Monaten von 1970 betrug das Handelsvolumen 7,9 Millionen Dollar gegenüber 8,8 Millionen für das ganze Jahr 1969. Mit Abstand am stärksten engagiert ist die Tschechoslowakei.

Die Zahlen sind dem «Monthly Abstract of Trade Statistics» in Pretoria zu entnehmen. Aber natürlich führt kein einziger der kommunistisch regierten Partner Südafrikas diesen Umsatz in seiner Aussenhandelsstatistik an. Denn die betreffenden Regimes werden nicht müde, den totalen Handelsboykott gegen jenes Südafrika zu fordern, mit dem sie Geschäfte machen. Grossenteils Devisengeschäfte übrigens, da zwischen Januar und September letzten Jahres ihre Exporte nach Südafrika mit insgesamt 4 228 628 Rand (1 Rand = 1,42 Dollar) bei weitem ihre Importe von 1 210 760 Rand aus diesem Land übertrafen. Was insbesondere die Tschechoslowakei angeht, stand ihrer Einfuhr von 344 811 Rand eine Ausfuhr im Werte von 2 024 513 Rand gegenüber. ■